

CampusGrün



Bild: © Jörg Farys/flickr

Inhalt

Die Klimakrise an der Wurzel packen!

Seite 1-2

Klima-Uni

Seite 2

Klimastreik – Generalstreik?

Seite 3

AG Kritische Wissenschaftsgeschichte

Seite 4

United behind the science?

Seite 5-6

Antifa

Seite 6-7

Was bedeutet... Ökofeminismus?

Seite 7-9

Rojava

Seite 8

Tierrechte

Seite 10

Warum CG wählen?

Seite 11

CG bald mit neuem Logo??

Seite 11

Kandidaturlisten

Seite 12

Die Klimakrise an der Wurzel packen!

Wir studieren in Zeiten existenzieller ökologischer Krisen: Nicht nur die Klimakrise, auch das Artensterben, das zuletzt durch das massive Insektensterben Aufmerksamkeit erregte, bedrohen Großteile der lebenden Umwelt und somit uns Menschen. Gleichzeitig und nicht unabhängig davon erleben wir überall in Europa einen Aufstieg rechter Parteien. Staaten und Regionen, in denen zuletzt Konzepte basisdemokratischer Partizipation und nachhaltige Naturverhältnisse praktisch umgesetzt wurden, so z.B. in Bolivien das „Buen Vivir“ oder die ökofeministische Revolution in Rojava, werden von Rechts angegriffen. Das alles stimmt nicht gerade hoffnungsvoll, aber wir sollten deswegen nicht unsere Möglichkeit aus dem Auge verlieren. Die vielen Protestbewegungen wie zuletzt im Irak, in Ecuador, im Libanon, in Hong Kong und in Chile stehen für neue, demokratische, soziale und ökologische Utopien.

„Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, weil Normalität das Problem ist“, heißt es so auf einem projizier-

ten Schriftzug diesen Oktober während der Proteste in Santiago de Chile. Greta Thunberg hatte schon einige Monate zuvor gesagt: „Warum sollte ich für Zukunft pauken, die es bald vielleicht nicht mehr gibt?“ Das führt uns zurück an die Uni Hamburg.

Die Uni hat einerseits eine zentrale Funktion in der Aufrechterhaltung der aktuellen Verhältnisse, hier werden wir in Eigenverantwortung und scheinbarer Freiwilligkeit unter prekären Bedingungen zu „verwertbarem Humankapital“ ausgebildet. Die Forschung fokussiert wesentlich auf technologische Innovation, was vor allem der Ideologie Rechnung trägt, es gäbe eine rein technische Lösung für die Krisen unserer Zeit. Das trägt zur Verschleierung der Tatsache bei, dass tiefgreifende strukturelle Veränderungen nötig sind, die diese Krisen an der Wurzel packen. Andererseits ist die Uni auch Ort des argumentativen Streits, kritischer Wissenschaft und vor allem Ort des Wissens, das in unseren Bibliotheken lagert. Warum machen wir

• Kontakt:

• kontakt@campusgruen.org

• Unsere Webseite:

• www.campusgruen.org

• Facebook:

• [CampusGruenHH](https://www.facebook.com/CampusGruenHH)

die Uni Hamburg dann also nicht zum Ort des Austausches über Utopien, zur kritischen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und zur radikaldemokratischen Selbstorganisierung?

Der „Austausch über Utopien“ ist, ganz anders als von den Vertreter*innen „utopiefreier“, „unideologischer“ Wissenschaft behauptet, Voraussetzung und nicht Ende von wissenschaftlicher Debatte. Nur durch den positiven Gegenentwurf zur Realität wird eine kritische Beschreibung des Vorfindbaren möglich. Wenn „Utopie“ und Realität zusammenfallen, z.B. weil man sich sehr gut in den herrschenden Verhältnissen eingerichtet hat, entsteht keine kritisch-hinterfragende Wissenschaft (-> S. 3), sondern nur Ideologie, die den Status quo aufrecht erhalten soll.

CampusGrüne Utopie besteht in der Idee, dass die Gesellschaft sich selbst, also demokratisch, organisiert, und das Zusammenleben zwischen Menschen und mit unserer Umwelt rational und solidarisch zu gestalten. Demokratisch meint damit die gemeinsame, hierarchiefreie Verfügung über alle Bereiche des gesellschaftlichen

Lebens, was insbesondere auch Arbeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung meint. Ein rationaler, solidarischer Umgang mit unserer ökologischen Umwelt bedeutet dabei weder die Natur als ausbeutbare Ressource zu begreifen (-> S. 7), noch die ökokonservative Naturverklärung, die die Natur als etwas, möglicherweise sogar von Gott geschaffenes, „Heiliges“ begreift, wovon der Mensch und seine Schlechtigkeit sich fernzuhalten hätten. Beides verkennt, dass der Mensch selbst Teil der Natur ist und genau wie andere Lebensformen Bedürfnisse hat, die nur durch oder mit anderen Lebensformen realisiert werden können. Die Unterschiedlichen Bedürfnisse müssen miteinander abgewogen werden, wobei dem Menschen dabei besondere Verantwortung zukommt, weil andere Lebensformen ihre Bedürfnisse nicht im demokratischen Austausch artikulieren können.

Als CampusGrüne führen uns diese Kämpfe in die teilweise repräsentativ-demokratischen Gremien dieser Universität, also in das Studierendenparlament (StuPa) und in den Akademischen Senat (AS) (-> S. 12). Es handelt



Bild: Karsten Paulick auf Pixabay

sich aber um eine weitverbreitete Illusion, dass in den Parlamenten und Senaten dieser Uni und der Welt Fortschritt passiert. Stattdessen reagieren sie vor allem auf die Hegemonie-Veränderungen, also die Stimmung und Proteste wie zuletzt gegen Luckes Rückkehr. Deshalb sehen wir unsere Arbeit in den Gremien als Unterstützung für progressive studentische Bewegung auf dem Campus und sind vor allem selbst in verschiedenen Projekte von Unten in Klima-, Antifa-, Feminismus- und Kritischer Wissenschafts-Auseinandersetzungen aktiv. Hiervon stellen wir einige auf den nächsten Seiten vor.

Ökofeministisch, Solidarisch, Radikaldemokratisch - let's reclaim our future!

Klima-Uni

Ausgehend von der Analyse, dass die Universität in ihrer derzeitigen Verfassung nicht in der Lage ist, sinnvolle Lösungskonzepte für die Klimakrise zu produzieren, hat sich im letzten Semester die Klima-Uni von unten gegründet. Wir verstehen uns auch als positiven Gegenentwurf zu der meistens von Leistungsdruck und hierarchischen Strukturen geprägten Lehre an der Uni Hamburg.

Dieses Semester findet unter dem Titel „The politics of climate change“ wöchentlich donnerstags um

18:00 Uhr im VMP 8 (Raum 006) ein demokratisch selbstorganisiertes Seminar statt, in dem wir klimakrisenrelevante Bildung selbst in die Hand nehmen. Dabei geht es unter anderem um die Rolle von Demokratie, Marktwirtschaft und Wissenschaft im Kampf gegen die Klimakrise.

Alle Menschen sind herzlich dazu eingeladen, daran teilzunehmen! Bei Interesse schreibt uns eine Mail an: klimaunivonunten@gmx.de.

Klimastreik – Generalstreik?



te er theoretisch jede beliebige Politik durchsetzen, weil sich kein kapitalistischer Staat einen derart hohen Produktionsausfall leisten kann.

Die Frage, ob ein politischer Streik überhaupt rechtlich zulässig ist, ist juristisch umstritten. Damit das vor einem Gericht verhandelt werden könnte, müsste aber erst mal dazu aufgerufen werden - was die Gewerkschaften sich aber nicht trauen, weil sie bei einer juristischen Niederlage horrenden Schadenersatzforderungen begleichen müssten. Die Forderung nach einem Generalstreik ist trotzdem richtig. Wenn die gesellschaftliche Stimmung einen Generalstreik ermöglicht, dann wird auch die Rechtsprechung dem folgen.

Was vor dem 20.09. allerdings falsch gelaufen ist, war die Vorstellung, dass man von den Gewerkschaften ein sehr weitgehendes und riskantes Zugeständnis bekommen könnte, sie dabei aber nur für die „eigenen“ Forderungen einzuspannen. Eine wirkliche Zusammenarbeit, in der sich eine kämpferischere Linie der Gewerkschaften durchsetzen könnte, erfordert aber Augenhöhe und das Angebot, Kämpfe zusammenzuführen.

Theoretische Schnittpunkte dafür gibt es: Man könnte z.B. gemeinsam für eine Arbeitszeitverringerung bei vollem Lohnausgleich kämpfen, wie es z.B. Die „Kampagne für eine 4-Tage-Woche“ tut². Diese reduziert die Produktion und damit den Ressourcenverbrauch, gleichzeitig gewinnen die Gewerkschaften für die von ihnen vertretenen Lohnar-

Am 20.09. beschloss die Große Koalition, so zu tun, als gebe sie dem Drängen der Klimabewegung nach und verabschiedete das sogenannte „Klimapaket“. Das hat natürlich nicht ernsthaft etwas mit einer Beantwortung der Klimakrise zu tun und außer ein paar einsamen Sozialdemokrat*innen glaubt das auch keiner. Die Verhöhnung von hunderttausenden jungen Demonstrant*innen ist als Kampfansage zu verstehen: Die Regierung möchte FridaysForFuture aussitzen. Die Klimastreikmotivation ist aber nichtsdestotrotz ungebrochen: Am 29.11. fand wieder ein globaler Klimastreik statt.

Dass die Regierung die Bankrotterklärung ihrer Klimapolitik am gleichen Tag mit der letzten Großdemonstration fürs Klima verabschiedet hat, zeigt aber auch, dass es FFF leider nicht gelungen ist, einen Druck zu erzeugen, dem sich die Herrschenden nicht mehr entziehen können.

Bislang ist es FFF vor allem gelungen, die Klimakatastrophe in ihrer ganzen Dringlichkeit auf die Tagesordnung der politisch-medialen Öffentlichkeit zu setzen. Das ist ein großer Verdienst, bisher profitiert aber vor allem die GRÜNE Partei. Und ganz abgesehen davon, dass das Klima nicht auf die nächste Bundestagswahl wartet, ist auch von einer grünen Regierungsbeteiligung nicht zu erwarten, dass ohne massiven Druck von unten eine angemessene Klimapolitik rauskommt.

Die größte Mobilisierung, die es jemals gegen die Klimakrise gegeben hat, zeigt also gleichzeitig, dass die bisherige Strategie nicht ausreicht. Die theoretische Antwort auf die Frage, wie eine progressive Zuspitzung des Konflikts aussehen könnte, wurde im Vorfeld zum 20.09. bereits diskutiert: Generalstreik. Bereits jetzt befürworten 80%(!)¹ der Bevölkerung die Forderungen von FFF. Wenn davon nur ein Bruchteil die Arbeit verweigern würde, könn-

1 (<https://blog.campact.de/2019/05/klima-umfrage/>)

2 (4tageweche.de)

beiter*innen zusätzliche freie Zeit ohne Gehaltseinbußen. Alternativ oder zusätzlich dazu könnte man auch für eine massive Ausweitung staatlicher Investitionen streiten, die einerseits den ökologischen Umbau nicht an die mystischen „Kräfte des Marktes“ delegiert, sondern einfach umsetzt, und gleichzeitig die Gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigert, also mittelbar zu weniger Arbeitslosen und höheren Löhnen führt. In den USA und Großbritannien, ähnlich auch in der Gilet-Jaunes-Bewegung in Frankreich, wird genau das unter dem Schlagwort „Green New Deal“ diskutiert, der den ökologischen Umbau, das Recht auf Wohnen, eine Jobgarantie, die Vergesellschaftung von Teilen der öffentlichen Daseinsfür sor-

ge (vor allem des Energiesektors) und insgesamt eine Kehrtwende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik kombiniert.

Aktivist*innen sowohl aus der Ökologie- als auch der Gewerkschaftsbewegung müssen aufeinander zugehen. Die Gewerkschaften sollten dabei dazu gedrängt werden, sich stärker zu positionieren, wie sie sich den ökologischen Umbau vorstellen und was FFF und andere dafür aus ihrer Sicht anders machen müssten. Die Ökologiebewegung muss den Gewerkschaften klar machen, dass die Begrenzung der Klimakrise unverhandelbar ist, über die Wahl der Mittel dazu aber offen diskutiert werden kann. Insgesamt sollte das Verhältnis von wechselseitiger, solidarischer Kri-

tik geprägt sein.

Solidarische Zusammenarbeit entsteht aber nicht nur dadurch, dass beide Seiten ihren Modus, mit der sie sich wechselseitig begegnen, umstellen, sondern vor allem in gemeinsamer politischer Praxis. Diese kann sich nur aus vielen Keimzellen an der Basis entwickeln - an der Universität muss eine davon sein! Die von der Studi-AG von FFF organisierte studentische Klimavollversammlung hat dazu eine „Einladung an die Gewerkschaften“ beschlossen³, auf deren Basis sich die AG Klimagewerkschaften gegründet hat. Kommt dazu!

Die AG Klimagewerkschaften trifft sich am 1. und 3. Dienstag jeden Monats um 16 Uhr im Café Knallhart.

AG Kritische Wissenschaftsgeschichte

Das Uni-Jubiläum neigt sich langsam dem Ende zu. 100 Jahre UHH sind bald vorbei. „Zum Glück!“ - müssen wir als Fazit leider mitteilen, denn vor lauter öffentlichkeitswirksamen Feier-Wahn, der doch eher der Bewerbung als Exzellenzuniversität untergeordnet war, wurde kritische Geschichtsarbeit de facto verhindert. Ein Beispiel von vielen ist die „große“ Jubiläumsfeier im Audimax, zu der als Fest-Redner der national-konservative Schuldenbremsen-Schäuble (CDU) als Bundestagspräsident geladen war. Einige kritische Komiliton*innen wollten 50 Jahre nach der „Muff-Aktion“, gegen diese politische Ausrichtung der Feier und das Totschweigen der Kolonialgeschichte mit Transparenten (siehe Foto) einen stillen Protest im Audimax durchführen und wurden von Sicherheitsdienst rabiab „abgeräumt“. Kritik bleibt also unerwünscht, aber verliert dabei keinesfalls an Bedeutung.

Deswegen sind einige von uns in einer studentische Arbeitsgemeinschaft, die AG kritische Wissenschaftsgeschichte, aktiv, die seit zwei Jahren verschiedene Fachdisziplinen im Hinblick auf menschenfeindliche Ideologien, ihre Kontinuitäten und

Brüche, in 111 Jahren Wissenschaftsgeschichte der UHH und ihrer Vorinstitution, dem Hamburger Kolonialinstitut, aufarbeitet. Daraus entstanden ist so z.B. eine Lesung zur „Rassenkunde“, die sich mit menschenfeindlicher Ideologie in der „Humanbiologie“ (dort unter Professor Knußmann bis in die 1990er Jahre betrieben) beschäftigt. Außerdem wurde zur Orientierungseinheit der Fridays for Future - Studierenden AG ein Vortrag zur Geschichte der studentischen Umweltbewegung an der UHH am Beispiel der Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften (die „Geos“) ausgearbeitet. Die Geos haben durch eigene Datenerhebungen und kritische Öffentlichkeitsarbeit in den 1980ern am Beispiel der Hamburger Kupferkonzerns Aurubis deutlich gemacht, dass sich Profit-Maximierung und Umweltschutz deutlich widersprechen. Mehr zu den Auseinandersetzungen findet ihr auf dem Blog: <https://kriwigeschi.blogs.uni-hamburg.de/> Jede*r der sich mit der Aufarbeitung von Wissenschaftsgeschichte, vielleicht auch des eigenen Faches, beschäftigen möchte, kann gerne dazukommen.

Kontakt: kriwigeschi@posteo.de

United behind the science?

Die Rolle der Wissenschaft im Kampf gegen die Klimakrise wird meist sehr vereinfacht dargestellt: „Die Wissenschaft“ hat ihren Job gemacht und ausreichend Wissen produziert, durch welches wir auf naturwissenschaftlicher Ebene die Ursachen der Klimakrise weitgehend verstehen können. Gleichzeitig weigert sich aber „die Politik“, die Warnungen ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln.

Doch was ist eigentlich die gesellschaftliche Aufgabe von Wissenschaftler*innen? Besteht

schafflichen Arbeit werden bestimmte Annahmen und Werte zu Grunde gelegt, die jedoch in den seltensten Fällen transparent gemacht werden. Das wohl plakativste Beispiel hierfür sind die derzeit weitgehend neoklassisch dominierten Wirtschaftswissenschaften. Kapitalismus, „Homo oeconomicus“ und das uneingeschränkte Streben aller Menschen nach maximalem Profit und Konsum werden als gegebene Grundvoraussetzungen für das Wirtschaftssystem konstruiert und auch nicht weiter hinterfragt.



sie wirklich nur darin, „neutrale Fakten“ zu produzieren und diese den politischen Entscheidungsträger*innen mitzuteilen? Wir meinen: Bildung und Forschung sind niemals eine „neutrale“ Anhäufung von objektivem Wissen. Die Fragen, was, wann, warum, von wem und in wessen Interesse geforscht bzw. gelehrt wird, nehmen das Ergebnis, also was für ein Wissen generiert wird, größtenteils vorweg. In jeder wissen-

Dass eine Wirtschaftsweise, die gemäß dieser Annahmen funktionieren soll, gerade auf dem besten Weg ist, die Lebensgrundlage der Menschheit zu zerstören, ist wenig verwunderlich. Bei der Frage, die uns die ökologische Krise aufzwingt, gibt es - vereinfacht betrachtet - zwei gegensätzliche Wissenschaftsverständnisse: Entweder es wird Wissen ohne Gesellschaftsbezug angehäuft, das nicht geeignet ist, eine (Teil-)

Antwort auf die Krise zu geben. Oder es wird danach gestrebt, Erkenntnisse zu gewinnen, die praktisch dazu geeignet sind. Das (weitgehende) Verständnis der naturwissenschaftlichen Dimensionen der Klimakrise ist selbstverständlich ein wichtiger Anfang. Doch um tatsächlich Lösungen für die Klimakrise zu finden, ist eine interdisziplinäre kritische Wissenschaft nötig, die bestehende Verhältnisse hinterfragt, lösungsorientiert alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen erforscht und wissenschaftlich in politische Debatten eingreift.

„Klimawissenschaft“ darf nicht länger als eigene Unterkategorie bzw. Spezialisierung der Naturwissenschaften aufgefasst werden. Stattdessen müssen vor dem Hintergrund der Klimakrise alle Bereiche – insbesondere die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – verstärkt ihre eigenen Grundsätze und Schwerpunkte hinterfragen und sich gegebenenfalls neu ausrichten. Dabei muss Forschung, Lehre und Bildung an den gesellschaftlichen Problemen ausgerichtet werden, d.h. Lernen und Forschen nach der Frage auszurichten, wie wir das Zusammenleben zwischen Menschen und mit unserer Umwelt solidarisch und rational statt ausbeuterisch und irrational gestalten können. Um zu garantieren, dass (gesamt) gesellschaftliche Fragestellungen und nicht einzelne Partikularinteressen maßgebend für die Ausrichtung der wissenschaftlichen Wissensproduktion sind, müssen Forschungs- und Lehrinhalte von allen Universitätsmitgliedern gemeinsam demokratisch bestimmt

werden statt durch die undurchsichtige Vergabe von Drittmitteln aus teilweise zweifelhaften Quellen.

Das Verständnis, dass politisch-gesellschaftlicher Diskurs und Wissenschaft keine getrennten Sphären sind, muss auch dazu führen, dass Wissenschaft aus dem „Elfenbeinturm“ herauskommt. Forschungsbeiträge müssen als gesellschaftliche Debattenbeiträge mit methodischen Anforderungen gesehen werden und nicht als Geheimsprache einer gesellschaftlichen Elite, die vor allem danach strebt, ihren selbstgesetzten Standards gerecht zu werden und innerhalb der eigenen Community Anerkennung zu erlangen.

Das es die „Exzellenzinitiative“ gibt, ist Ausdruck dieses undemokratischen und elitären Wissenschaftsverständnisses. Statt egalitäre Lernbedingungen für möglichst alle Menschen zu schaffen, die studieren wollen, werden einige wenige Professuren als „Leuchtturmprojekte“ mit Geld überschüttet. Das Selbstverständnis der Uni Hamburg, „exzellente“ zu sein, widerspricht

jeder Alltagserfahrung der breiten Masse der Studierenden, der studentischen Hilfskräfte, des akademischen Mittelbaus und der technischen, Bibliotheks- und Verwaltungsangestellten. Befristete Anstellungen als „Sachmittel“, Bezahlung unterhalb des Landesmindestlohns, unbezahlte „Extraaufgaben“, Drittmittelantragsmarathons, Chef*innenwillkür, etc etc: Die Transformation der Uni von einer demokratischen Institution zu einem dem Standortwettbewerb folgendem, unterfinanzierten Unternehmen hat ein bürokratisch ineffizientes, menschenfeindliches Technokratienonstrum erschaffen, das die Mitglieder nur durch das vage Versprechen ertragen, irgendwann vielleicht selbst mal Teil der „exzellenten“ Professor*innenelite zu sein.

Für die Studierenden ist die Situation nicht besser: Zwischen überfüllte Veranstaltungen, in die man vielleicht nicht mal mehr reinkommen kann, maroden Unigebäuden, in denen man oft nicht mal das Leitungswasser trinken kann, und (verständlicherweise) unmotivierten Lehrenden geht

irgendwie verloren, dass Studieren auch Befähigung zur Selbstermächtigung sein könnte und Spaß machen kann. Übrig bleibt meist nur ein Hamsterrad, in dem man sich dem externen Druck, Prüfungen bestehen und auf Dozent*innenbefehle hören zu müssen, unterwirft. Das wäre hilfreich, wenn die Uni dazu da sein soll, kritischen Geist niederzuknüppeln und Lohnsklav*innen für den Arbeitsmarkt heranzuziehen, aber mit „Lernen“ hat das Ganze nicht mehr viel zu tun.

In Anlehnung an Greta Thunberg schließt sich hier der Kreis: Was ist der Sinn, für einen Arbeitsmarkt zu lernen, der Teil eines Wirtschaftssystems ist, das die (eigene) Zukunft zerstört? Lasst uns Studium als Befähigung für lernbegeisterte Menschen begreifen, uns gemeinsam zu entfalten und in gesellschaftliche Auseinandersetzungen wie den Kampf ums Klima zu begeben. Solange es diesem Anspruch nicht genügt - wegen Unterfinanzierung, elitärem Wissenschaftsverständnis und Technokratisierung - gehört die Uni bestreikt. Und eigentlich nicht nur freitags.

Antifa

Möchte man sich das Phänomen „Klimawandel-leugnung“ ideologiekritisch anschauen, stellt man fest: Aus strategischer Sicht der extremen Rechten ist es absolut sinnvoll, die ökologische Krise als nicht existent zu betrachten. Die extreme Rechte ist eine Koalition aus besonders Privilegierten Reaktionären und Menschen, die reale sozioökonomische Gründe haben,

unzufrieden zu sein. Aus Sicht der zweiten ist die marktradikale AfD eine Partei, die ihren eigenen materiellen Interessen schadet. Um diese Unterstützer*innen zu behalten, ist die extreme Rechte dauerhaft bemüht, Politische Polarisierungen als Kultur- statt Klassenkampf zu framen. So redet sie regelmäßig von „kulturellen“ Eliten, um von den realen politisch-ökonomischen Eliten in den

eigenen Reihen abzulenken.

Ökologische Auseinandersetzungen sind dafür idealtypisch: Die progressivere Koalition besteht aus Akademiker*innen und ihren Kindern, Mittelstand bzw. Kleinbürger*innentum und zivilgesellschaftlich Engagierten. Die extreme Rechte konstruiert eine Polarisierung, in der eine „Ökobourgeoisie“ ökologische Forderungen aus Arroganz und Lifestylegründen durchsetzen möchte. Das deutschnationale „Auto-und-Fleisch-Proletariat“

könne sich eine solche Politik schlicht nicht leisten. Dabei wird unterschlagen, dass die Armut nicht nur des weißen Proletariats gerade durch den Marktradikalismus verursacht wird, den u.a. die AfD vertritt und der den kohle- und ölabhängigen Konzernen zugutekommt.

Dass der Kampf fürs Klima ein antifaschistischer ist, zeigt

sich auch auf universitärer Ebene: Die neoklassisch dominierte VWL ist eine nach rechts offene Wissenschaft ist, was nicht nur an Bernd Lucke, sondern auch an der Tatsache deutlich wird, dass man im VWL-Bachelor nur die immer noch marktradikale „Umweltökonomie“ belegen kann, und auch die nur im Wahlbereich und an der benachbarten Sozialökono-

mie.

Der durch beharrlichen antifaschistischen Protest gegen Lucke errungene Erfolg, dass man „Makro II“ nun auch bei einer anderen Dozentin belegen kann, sollte zum Ausgangspunkt genommen werden, die ganze VWL und Uni antifaschistisch, klimakrisenrelevant und radikaldemokratisch zu transformieren!

Was bedeutet... Ökofeminismus?

Marxistische „Arbeitswerttheorie“ vertritt die These, dass alle Werte, also im weitesten Sinne alle nützlichen, schönen und angenehmen Dinge, die es gibt, durch menschliche Arbeitskraft an Naturstoffen entsteht. Also beispielsweise, dass ein Mensch Holz (Naturstoff) fällt, zersägt und neu zusammenbaut (Arbeit), um einen Stuhl (ein angenehmes und nützliches Ding) zu produzieren. Materialistisch-Feministische Kritik ab der 2. Welle der Frauenbewegung problematisierte daran, dass die Arbeitskraft selbst dabei als bereits vorfindbar angenommen wird. Dabei wird unterschlagen, dass Arbeitskraft einerseits selbst ein „Naturstoff“ ist, weil der Mensch Teil der Natur ist, und andererseits ihrerseits „hergestellt“ werden muss: Zum einen dadurch, dass Menschen auch am nächsten Arbeitstag noch leben müssen, sie also Schlaf, Essen, Trinken, aber auch Zuneigung, Freundschaft etc. brauchen. Zum anderen muss auch in der nächsten Generation gewährleistet sein, dass es Arbeitskraft gibt, was im Wesentlichen bedeutet, dass Kinder ernährt, versorgt und großgezogen werden müssen.



Bild: © Spielvogel / Wikimedia Commons

Für Tätigkeiten, die die diese „Herstellung“ von menschlicher Arbeitskraft bedeuten, haben sich insbesondere die Begriffe „Reproduktions-“ und „Care-Arbeit“ etabliert. Gegenüber „Produktionsarbeit“ unterscheidet sie sich im Wesentlichen dadurch, dass sie im „Privaten“, vor allem innerhalb der bürgerlichen Kleinfamilie, organisiert wird, in der Regel nicht entlohnt wird, gesellschaftlich als weniger wertvoll erachtet wird und in den Zuständigkeitsbereich von

Frauen* geschoben wird. Kapitalismus und Patriarchat bedingen sich dadurch sehr stark gegenseitig, weil der Kapitalismus auf die Reproduktion der Arbeitskraft angewiesen ist und die Familie ideologisch überhöht, um das menschliche Bedürfnis nach Solidarität in einen privaten, unsichtbaren Raum drängt. Andersrum ist die Ungleichbehandlung von „männlicher“ Lohnarbeit und „weiblicher“ Care-Arbeit zentral, um die Unterdrückung von Frauen* materiell zu reproduzieren.

Aus ökofeministischer Perspektive tut sich hier eine bedeutende Parallele zwischen der Ausbeutung von Frauen* und unserer Umwelt auf: Beide werden nicht als Lebensformen mit legitimen Bedürfnissen erachtet, sondern als Objekte, die für Patriarchat und Kapitalismus notwendige Ressourcen, also Arbeitskraft bzw. Naturstoffe kostenlos und in unerschöpflicher Menge zur Verfügung stellen. Die Ungleichzeitigkeit von ideologischer Unerschöpflichkeit und realer Begrenztheit ist Ursache zahlreicher gesellschaftlicher Krisen, unter

anderem ökologischer Krisen, aber auch Phänomene wie die steigende Anzahl Betroffener von psychischen Krankheiten oder der Anstieg ungewollter Kinderlosigkeit (kann mans unterscheiden? Vllt nochmal nachdenken) können als Symptome der „Krise der Reproduktionsarbeit“ betrachtet werden.

Auch am Sexismus, der das Patriarchat ideologisch festigt, wird diese Parallele deutlich: „Mutter Natur“ versus „Vater Staat“, die Zuschreibung von instinkthafter, „weiblicher“ Irrationalität, Emotionalität etc. und

andererseits „männlicher“ Rationalität, Zielstrebigkeit etc. machen deutlich, dass das Verhältnis von Männern und Frauen bzw. kapitalistischer „Kultur“ und Natur dem gleichen Schema aus künstlicher binärer Trennung, Hierarchisierung und Ausbeutung folgt.

Ein Blick in die Geschichte verdeutlicht diese Parallelität: Gerade Frauen, die starke Kenntnisse über die Natur hatten und diese auch nutzten, wurden besonders stark unterdrückt. Die sogenannten „Hexen“ verfügten über bedeutende Heilkenntnisse und entzogen sich durch ihre Arbeit in der

Rojava

Ökofeminismus als politische Praxis

Ein wichtiges und aktuelles Beispiel für ökofeministische Praxis ist die Situation in Rojava. Frauenförderung und Wiederaufforstungsprojekte sind zentrale Anliegen in der weitgehend autonomen kurdischen Region Rojava. Es wurde ein Gesellschaftsstruktur geschaffen, welcher als einzige in der Welt nach dem System des demokratischen Föderalismus selbstverwaltet wird: essenzielle Punkte sind, dass für jede Institution bis hin zur Präsidentschaft immer eine Doppelspitze vorgesehen wird (jeweils eine Frau und ein Mann, jeweils ein Teil kurdisch, der andere einer Minderheit zugehörig), sowie die Stärkung von Frauenrechten.

Diese Strukturen sowie die Revolution, welche sich besonders als Frauenrevolution versteht, in Rojava sind aufgrund des Angriffskriegs, ausgehend von dem türkischen Präsidenten Erdogan und befürwortet von Donald Trump, massiv bedroht. Er strebt einen Genozid immensen Ausmaßes in Rojava an und arbeitet dafür mit islamistischen und türkisch-nationalistischen Milizen zusammen.

Wir fordern, dass die Auseinandersetzungen in

Rojava Bestandteil der Lehre an der Universität Hamburg werden. Wir sehen die deutschen Universitäten in der Pflicht, über solche Zustände und Geschehnisse aufzuklären sowie sie in der Lehre zu integrieren, besonders aufgrund der deutschen Geschichte, wie zum Beispiel dem Genozid an den Herero und Nama (1904-1908) im damaligen Deutsch-Südwestafrika (Namibia) durch die „Kaiserliche Deutsche Schutztruppe“ sowie dem Holocaust (1941-1945) in der Zeit des Nationalsozialismus.

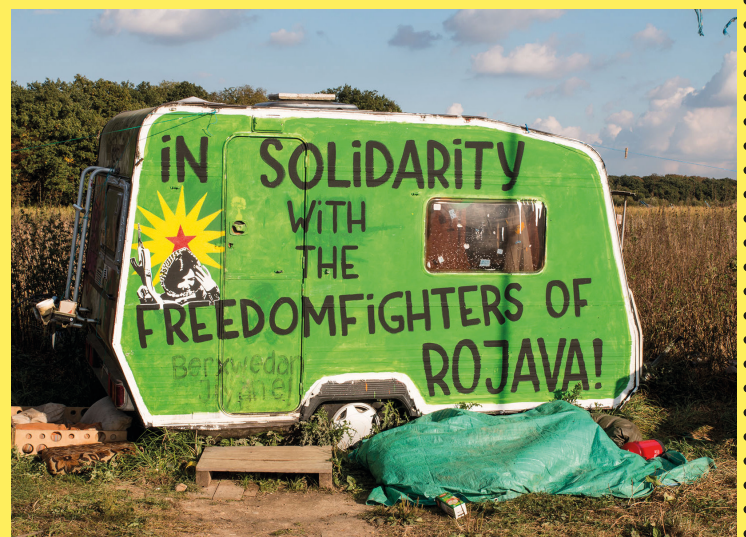


Bild: Darius K. Dunker auf flickr

Natur sowie ihre ärztliche Hilfe v.a. gegenüber Frauen der (früh) kapitalistischen Arbeitsmoral - und kritisierten diese teilweise offen. Dadurch wurden sie als „unnormal“, „naturverbunden“ und „verrückt“ bezeichnet - und ab dem 16. Jahrhundert bis teilweise heute in Massen von kapitalistischen Herrschenden und kolonialistischen Eroberern (z.B. bei der Eroberung Amerikas) ermordet, um mit u.a. durch die „Hexen“ unterstützten gesellschaftlichem Widerstand zu brechen (z.B. gegen die Landnahme der Eroberer, die die Bäuer*innen von der direkten, bedarfsgerechten Arbeit mit der Natur entzogen, um ihn stattdessen zur Mehrwertproduktion auszunutzen). Dadurch wird auch deutlich, dass eine heutige Beschäftigung mit Ökofeminismus die mit (Post)-Kolonialismus implizieren muss.

Die Strukturen und Mythen, die die Reproduktion als selbstverständlich und „unproduktiv“ ansehen und kritische, naturverbundene Frauen töten lassen sind dieselben, die über den Normalzustand der Heteronormativität bestimmen und ihn hegemonial machen. Mit diesem Verständnis stellt der Ansatz der Queer Ecologies die vermeintliche Verbundenheit von „Frau“ und „Natur“ in Frage: Wir gehen davon aus, dass Geschlechtszugehörigkeit gesellschaftlich konstruiert ist – und nicht etwa natürlich-biologischen Paradigmen folgt. Der Sexualität und dem Geschlecht werden bestimmte soziale Funktionen und Praktiken zugeschrieben - diese sind jedoch abhängig von der gesellschaftlichen Sozialisation und nicht etwa dem biologischem Geschlechtsorgan.

Dementsprechend ist es ein patriarchale Ideologie, die Gebärfähigkeit eines Menschen mit der Verantwortung zur gesellschaftlichen Reproduktion gleichzusetzen. Eine biologisch bedingte „natürliche, weibliche Praxis“ (unbezahlte Hausarbeit, Pflege, Kindererziehung) gibt es so also nicht. Stattdessen muss die künstliche Trennung zwischen Natur und Sozialem neu verhandelt werden. Es sollte keine Hierarchisierung zwischen beidem stattfinden; der menschliche, historisch geprägte Blickwinkel ist nicht der einzige, der im internationalen Gefüge zählt. Kein Mensch sollte über Lebensformen verfügen, sie beherrschen; sondern mit ihnen in produktiver, gegenseitiger Unterstützung aller verbunden sein.

Demnach ist die Trennung zwischen „Natur“ und „Sozialem“ machtpolitisch hergestellt. Dieses Verständnis wurde auch durch spezifische wissenschaftliche Herangehensweisen in fachlich und methodisch nicht aufeinander bezogenen Teildisziplinen befördert. Aber es unmöglich, den Klimawandel als abgeschottetes Phänomen zu analysieren: Stattdessen muss sich in Lehre und Forschung intersektional und interdisziplinär mit einem alternativen Verständnis von (Re-)Produktivität befasst werden sowie die Zuschreibung von natürlicher Weiblichkeit und das Verständnis von Natur als „Ressource“ kritisiert werden.

Vor knapp 20 Jahren wurde in diesem Sinne ein von Studierenden und Dozierenden initiiertes hochschulübergreifender „Gender“-Studiengang eingeführt, der aus einer feministisch-theoretischen Perspektive gesellschaftlichen Wandel in

den Blick nahm. Unterstützt wurde dieses Projekt vom Zentrum Genderwissenschaften, welches sich aus den Frauenrechtsbewegungen der 70er Jahre entwickelt hatte und seitdem mit einer Genderbibliothek, Beratungsstellen und eigenen Projekten die Anlaufstelle für Fragen feministischer Wissenschafts- und Hochschulbetriebskritik darstellte. Der Studiengang wurde bereits nach sechs Jahren wieder abgeschafft - und auch heute ist das Thema „Gender“ der Uni Hamburg wohl zu wenig „exzellent“. Das führt aktuell dazu, dass nun auch das Genderinstitut seine finanziellen Mittel nahezu gänzlich verliert und in die Gleichstellungsstelle der Präsidialverwaltung eingegliedert werden soll. Somit würde es seine autonome Entscheidungskraft verlieren. Kritische feministische Wissenschaft, die sich u.a. mit aktuellen globalen Problemen wie Rassismus und Klimawandel beschäftigt, wird es dann kaum mehr geben. Auch die seit Jahren existierende queerfeministische Ringvorlesung „Jenseits der Geschlechtergrenzen“, die v.a. von Studierenden organisiert wird, wird ohne Unterstützung vom Zentrum wahrscheinlich nicht weiter realisierbar sein.

Um das Thema „Ökofeminismus“ fest in die Hochschulen zu integrieren, braucht es strukturelle Veränderungen im Hochschulbetrieb. Wir müssen auf die Leerstellen hinweisen und verschiedene Formen von öffentlich-kreativem Widerstand organisieren, damit sie wieder verlässlich gefüllt werden. Dafür braucht es starken Druck an allen Fachbereichen und stadtweit!

Tierrechte



Bild: Karsten Paulick auf Pixabay

Der Skandal am „Todeslabor“ von LPT in Mienenbüttel südlich von Hamburg ist ein besonders scharfer Ausdruck davon, was passiert, wenn die Gesellschaft nach Prinzipien geordnet ist, zu denen ein irrationales und unsolidarisches Mensch-Natur-Verhältnis gehört. Unserer Auffassung nach bilden Natur und Gesellschaft keine voneinander getrennten Sphären, sondern sind eng miteinander verbunden. Die künstliche binäre Trennung in „Natur“ und „Kultur“ ist bewusst herbeigeführt, um den Herrschaftsanspruch von Menschen

über andere Menschen als Herrschaftsanspruch von Menschen über die „Natur“ zu reproduzieren. Diese Herrschaft über die Natur geht einher mit ihrer Ausbeutung. Tiere, die der Sphäre der „Natur“ zugeordnet werden, leiden besonders. In einer rational und solidarisch eingerichteten Gesellschaft könnte mensch sich demokratisch darauf verständigen, wie die Bedürfnisse von Tieren, zum Beispiel nach Freiheit und gesundheitlicher Unversehrtheit, mit denen von (kranken) Menschen nach medizinischem Fortschritt, der teilweise auf Tier-

versuche angewiesen ist, abgewogen wird. Wir würden dann relativ schnell darauf kommen, dass ein Großteil der heutigen Tierversuche medizinisch überhaupt nicht notwendig ist, langfristig muss die Perspektive sein, Tierversuche in Gänze durch Computer-gestützte Modelle und künstliche („in vitro“)Organsysteme zu ersetzen.

Im Kapitalismus ist es fast unmöglich, die Bedürfnisse von Tieren bzw. Nicht-Menschlichen Lebensformen allgemein demokratisch miteinzubeziehen, weil Tiere nicht am Markt teilnehmen, keine Bürgerrechte haben etc. Dass Menschen empathisch mit Tieren sind, wird durch Ideologie, dem Druck zur Profitmaximierung und direkten Zwang systematisch unterdrückt. Der Skandal zeigt dabei aber auch, dass es auch im Kapitalismus Möglichkeiten gibt, das Leid von Tieren zu reduzieren. An der Universität ist vieles kritikwürdig, aber sie muss sich trotz aller Ökonomisierung viel demokratischer für ihr Tun verantworten als das private Forschungslabor LPT.

Warum CG wählen ?

„Es handelt sich aber um eine weitverbreitete Illusion, dass in den Parlamenten und Senaten dieser Uni und der Welt Fortschritt passiert. Stattdessen reagieren sie vor allem auf die Hegemonie-Veränderungen [außerhalb]“, haben wir in der Einleitung geschrieben. Diese Illusion ist eine typische Erzählung in der repräsentativen Demokratie, mit der die Protagonist*innen eines staatstragenden

Politikverständnisses ihre eigene Wichtigkeit darstellen wollen - weil davon ihre Wiederwahl, ihre Einschaltquote o.ä. abhängt. Im Sinne einer radikalen Demokratisierung der Gesellschaft sind diese Tendenzen zu bekämpfen, weil sie die teilweise Entmündigung großer Teile der Gesellschaft mit sich bringt. Diese soll alle paar Jahre Repräsentant*innen wählen, statt selbst politisch aktiv zu sein.

Radikaldemokratisches Engagement in parlamentarischen Institutionen wie dem StuPa oder dem AS muss also stets in dem Bewusstsein stattfinden, dass man darin immer Teil einer gesellschaftlichen Opposition ist - was aber nicht bedeutet, Möglichkeiten für konkrete Verbesserungen aufgrund abstrakter Prinzipienreiterei auszuschlagen. Parteiförmiges bzw. parlamentaristisches Engagement sind nur dann nützlich, wenn sie nicht auf Repräsentation (von Studierenden) setzen, sondern (deren)

Selbstorganisation und Selbstermächtigung unterstützen.

In diesem Sinne sehen wir CampusGrün als offenen Zusammenhang für politischen Aktivismus, der seinen Arbeitsschwerpunkt an der Universität hat. Dass wir zur StuPa- und AS- Wahl antreten, ist für sich genommen kein politisches Engagement, sondern die parlamentarische Fort-

setzung unserer eigentlichen Arbeit. Dementsprechend freuen wir uns über Eure Stimme - wir würden uns aber umso mehr freuen, wenn die Wahl nicht der Hoch- sondern der Ausgangspunkt für Euer politisches Engagement ist. Einige Möglichkeiten, wie Ihr aktiv werden könntet, haben wir in dieser Zeitung vorgestellt. Das Eintreten für eine

nachhaltigere, demokratischere, solidarischere, gerechtere Welt kann aber natürlich noch vielfältig anders ausgedrückt werden.

Werdet Teil „progressiver“ Studierendenbewegung - lasst uns gemeinsam alle Verhältnisse umwerfen, in denen Menschen und unsere Umwelt geknechtet, ausgebeutet und verächtlich gemacht werden!

CG bald mit neuem Logo?

Viele Jahre schon ziert ein Ampelmännchen unser Logo. Es schaut nach links, es ist aktiv, es ist grün, doch bleibt es ein einzelnes Männchen, das scheinbar im militärischen Schritt marschiert. CampusGrün hat sich verändert. Als radikaldemokratische, ökofeministische Gruppe braucht es nun endlich ein neues Logo.

Was ist der aktuelle Diskussionsstand?

“Why has the world-building work of fungi received so little appreciation? Partly, this is because people can’t venture underground to see the amazing architecture of the underground city. But it is also because until quite recently many people—perhaps especially scientists—imagined life as a matter of species-by-species reproduction. The most important interspecies interactions, in this worldview, were predator-prey relations in which interaction meant wiping each other out. Mutualistic relations were interesting anomalies, but not really necessary to understand life. Life emerged from the self-replication of each species, which faced evolutionary and environmental challenges on its own. No species needed another for its continuing vitality; it organized itself. This self-creation marching band drowned out the stories of the underground city. To recover those underground stories, we might reconsider the species-by-species worldview, and the new evidence that has begun to transform it.”
- Anna Tsing in *The Mushroom at the End of the World: On the possibility of life in capitalist ruins* (2015)

Pilze und ihre Hyphen-Systeme, mit denen sie, nicht immer harmonisch, in Kontakt und Austausch mit anderen Organismen stehen, stellen für uns als Symbol die Netzwerke sozialer Beziehung dar. Beziehungen zwischen Menschen und mit der Umwelt, für deren egalitäre, kooperative, solidarische Einrichtung wir mit euch kämpfen wollen. An der Uni, in der Stadt, überall organisieren wir uns gegen die Ideologie des Rechts des Stärkeren, gegen die Vereinzelung und die Individualisierung der alltäglichen Krise des kapitalistischen Patriarchats. Diese Idee grafisch abzubilden ist uns bisher nicht gelungen, wir arbeiten aber daran und wollen uns sobald wie möglich vom Ampelmännchen lösen!



Bild nach: Harshberger, John W.: A text-book of mycology and plant pathology (1917)

Unsere Kandidat*innen für das Studierendenparlament

1. **Nadia Abd El Hafez**,
FSR SoWi, FBR SoWi,
Islamwiss.
2. **Fiona Nagorsnik**
SozÖk, AlleFrauen*,
8M!
3. **Sebastian Peters**
FFF, Ozeanog.,
KlimaUni
4. **Lisa Seliger**
FSR SoWi, FBR SoWi,
Ethno.
5. **Lena Tresse**
Ökofeminismus,
Ver.di
6. **Weiland, Robin**
Politikwissenschaften
7. **Laura Franzen**
FSR Chemie
8. **Franziska Stocker**
Jura
9. **Armin Günther**
FSR MLS, AS, ANTIFA
10. **Lene Greve**
FSR ErzWiss, AS,
GRÜNE
11. **Svenja Horn**
FSR ErzWiss., AS,
GRÜNE
12. **Felix Steins**
FFF Studis, KlimaUni,
DGB
13. **Madita Tegmeyer**
Chico Mendes,
Soziologie
14. **Simon Schäfer**
Ozeanographie
15. **Antonia Köster**,
Soziologie
16. **Timo Zeimet**
FSR Biologie
17. **Deborah Kirchgässner**
Politikwissenschaften
18. **Michel Pütz**
Soziologie, Paranoia
19. **Ella Knigge**
Sozialökonomie, FFF
20. **David Weiß**
FSR SoWi,
FakRat WiSo
21. **Greta Becker**
Soziologie, Gr. Jugend
22. **Klara Elisa Pfeiffer**
GRÜNE JUGEND
23. **Jannik Traunspurger**
Ozeanografie
24. **Denise Huttelmaier**
Psychologie,
Klima-Uni
25. **Annika Lehnhoff Orantes**
Chico Mendes,
Soziologie
26. **Sarah Klingenberg**
FSR Sonderpädagogik
27. **Matthias Meyer**
Soziologie,
Philosophie
28. **Lisa Wätzold**
Geogr.,
GRÜNE JUGEND
29. **Anja Litera**
Ozeanographie
30. **Deborah Clara Lellek**
Chico Mendes,
Soziologie
31. **Christian Lagod**
Informatik, GRÜNE
32. **Meike Schickhoff**
Klimawissenschaften
33. **Moritz Lamparter**
FSR Econ, Plurales

Unsere Kandidat*innen für den Akademischen Senat

1. **Günther, Armin**
(FSR MLS, Klima-Uni)
- Horn, Svenja**
(FSR ErzWiss, ver.di)
2. **Seliger, Lisa**
(FSR SoWi, FBR SoWi)
- Tresse, Lena**
(Studiwerk, AG KriWi)
3. **Nagorsnik, Fiona**
(SozÖk, AlleFrauen*Ref)
- Peters, Sebastian**
(FFF-Studis, Klima-Uni)
4. **Tegmeyer, Madita**
(Soziologie, Chico Mendes)
- Kaya, Sedat**
(Philosophie, DIDF)
5. **Ciftci, Taylan**
(Mathematik, DIDF)
- Abd El Hafez, Nadia**
(FSR SoWi, FBR SoWi, StuPa)
6. **Stocker, Franziska**
(Jura)
- Weiland, Robin**
(PoWi)
7. **Meyer, Matthias**
(Soziologie, Philosophie)
- Franzen, Laura**
(Chemie FSR, AfG)
8. **Schickhoff, Meike**
(CG, MICSS)
- Steins, Felix**
(FFF-Studies, Klima-Uni)
9. **Knigge, Ella**
(FFF-Studies)
- Traunspurger, Janik**
(Ozeanographie)
10. **Kirchgässner, Deborah Lehnhoff Orantes, Annika**
11. **Lellek, Deborah Clara Tresse, Lena**
(Studiwerk, AG KriWi)
12. **Greve, Lene**
(FSR LA, ALSt, GEW)
- Pütz, Michel**
(Paranoia)
13. **Zeimet, Timo**
(ExkursionsAG, FSR Bio)
- Klingenberg, Sarah**
(FSR SoPäd)
14. **Köster, Antonia**
(FSR + OE SozÖk, AF*R)
- Lagod, Christian**
(Inf, Ex-FakRat/StuPa)
15. **Lamparter, Moritz**
(Plurale Ökonomik)
- Abd El Hafez, Nadia**
(FSR SoWi, FBR SoWi, StuPa)

Impressum

Die CampusGrüne Wahlzeitung wird herausgegeben von:
CampusGrün Hamburg
c/o Studierendenparlament UHH,
Von-Melle-Park-5,
20146 Hamburg
www.campusgruen.org
kontakt@campusgruen.org

V.i.S.d.P.: Laura Franzen
Redaktion & Layout: Laura Franzen
Druck: flyeralarm GmbH, Würzburg

Wir danken allen Autor*innen und Fotograf*innen für die Mitwirkung!

Alle unsere Texte stehen unter der „Creative Commons-Attribution- Share Alike 3.0“-Lizenz. Du darfst unsere Texte also nutzen und ändern, solange du deine Ergebnisse ebenfalls so zur Verfügung stellst.

Hier die genauen Nutzungsbedingungen: <http://tinyurl.com/ccbysa30de>
Bildnachweise:

Titelbild: © Jörg Farys/flickr, **Klimakrise:** Karsten Paulick/Pixabay, **Klimastreik,** United science, **Ökofeminismus:** © Spielvogel/Wikimedia Commons, **Rojava:** Darius K. Dunker/flickr, **Tierrechte:** Karsten Paulick/Pixabay, **Pilz:** Harshberger, John W.: A text-book of mycology and plant pathology (1917), **Sonstige:** CampusGrün